

Tschechische Studenten sagen ihre Meinung

Zur Prager Allchristlichen Friedensversammlung

In den ersten Apriltagen war Prag eine Stadt zwischen dem Alten und dem Neuen als Versuch. In der Luft lag aufgeregte Spannung: Wir können wieder atmen! Gleichzeitig herrschte abwägende Sorge, wie lange es so weitergehen würde. „Nach zwanzig Jahren“ (der Ausdruck war immer wieder zu hören) hatte es keines Blutvergießens bedurft, um einen Regierungs- und Richtungswechsel zu erreichen. Die Tschechen hatten wieder einmal ihren Ruf unter Beweis gestellt, die „Buchführer“ unter den Slawen zu sein. Die große, heroische, tragische Geste liegt ihnen nicht; sie handeln, wenn sie wissen, daß es sich lohnt. Und alles deutet darauf hin, daß es sich auch diesmal gelohnt hat. Die Kontraste existieren zwar noch: die patrouillierenden Polizisten mit ihren Hunden. Die Grenzen sind streng bewacht wie bisher, mit dem Unterschied, daß man auch die Grenzen nach Ostdeutschland im Auge behält. Der Zeitungsleser kann lediglich zwischen „The Morning Star“, „L’Humanité“, der „Prawda“ oder „Neues Deutschland“ (dem deprimierendsten Produkt unter ihnen) wählen. Es wird Zeit brauchen, um das Erbe der letzten zwanzig Jahre zu beseitigen. Die tschechischen Zeitungen haben jedoch bereits begonnen, interessant zu werden, und gehen in den Straßenbahnen von Hand zu Hand. Die Leute wünschen das Gespräch mit dem Ausländer (und seine Währung). Obwohl es Passionssonntag war, konnte man in den Kirchen nach der Amtseinführung General Svobodas als Präsident überschwengliche Freudenpredigten hören. Ein Priester sagte mir, daß er zum ersten Mal seit zwanzig Jahren die Jungen, die Meßdiener werden wollten, zu sich einladen konnte: in solch kleinen Details liegt die Freiheit. Ein anderer Priester erzählte mir, daß der General oft in seiner Kirche die Messe besucht habe. Gerüchte gingen um, der General habe einen Neffen, der Franziskaner sei. Die Franziskaner, wie alle männlichen Orden, existieren juristisch nicht und sind in der Arbeitswelt untergetaucht. Dies alles mag mehr Schatten als Substanz sein, aber vielleicht manifestiert sich darin ein Klima.

Die Berufung des Generals blieb nicht unwidersprochen. Während er den Amtseid leistete, demonstrierten Studenten im Hof des Präsidentenpalais. Sie stießen sich an Svobodas Alter. Gegen ihn selbst hatten sie nichts; sie fürchteten jedoch, er werde banale Reden halten oder lediglich als Sprachrohr für andere mißbraucht. Svoboda heißt auch Freiheit; mit genialer Ironie protestierten die Studenten gegen „Freiheit“ und riefen „Vivat Caesar“: Cisar war ihr favorisierter Kandidat. Die Delegationen, die dem Präsidenten ihre Aufwartung machten, wurden von den Studenten je nach-

dem mit Pfiffen oder Beifall bedacht. Dabei fiel die außerordentlich kalte Begrüßung der ostdeutschen Delegation auf. Man brachte Cisar dazu, eine Rede zu halten, und trug ihn anschließend auf den Schultern weg.

Die Organisatoren der „Dritten Allchristlichen Friedensversammlung“ hatten sicher nicht mit derartig dramatischen und unruhigen Tagen in Prag gerechnet. Die Stadt ist seit ihrem Bestehen der regelmäßige Tagungsort der Friedenskonferenz. J. L. Hromadka, ihr Präsident, ist Tscheche. Das Glück war nicht gerade mit dieser dritten Zusammenkunft. Sie tagte in der Kongreßhalle, deren Struktur ein wenig an den Londoner St. Pankratius-Bahnhof erinnert. Man gelangte dorthin durch einen Vergnügungspark. Darüber hinaus verlor die Konferenz durch die sich überstürzenden Weltereignisse ständig den Boden unter den Füßen. Kaum hatte sie ein Telegramm an Präsident Johnson aufgesetzt, das ihn zu Verhandlungen mit Nordvietnam aufforderte, wurde bekannt, daß der Präsident selbst Verhandlungen anbot. Kaum hatte ein Teilnehmer festgestellt, es sei absurd, den nächsten Schritt von Hanoi zu erwarten, als Hanoi diesen Schritt tat. Und so weiter. Nimmt man hinzu, daß die Tagung sich unglaublich langsam dahinschleppte und daß die Allchristliche Friedensversammlung eine wahrlich byzantinische innere Struktur hat, so bekommt man eine Ahnung von den Schwierigkeiten, unter denen sie mannhaft voranschritt. Die Diskussionen waren jedoch immer frei und offen und es gereicht den Westdeutschen zur Ehre, daß sie für eine differenziertere Sicht des arabisch-israelischen Konflikts plädierten, als es die russische Parteilinie zuläßt. „Besuchen sie den jüdischen Friedhof in Prag“, sagte ein Westdeutscher, „und sie können sich überzeugen, was die Juden gelitten haben.“

Bei der Jugendkommission herrschte der freieste und unabhängigste Geist. Entgegen dem Wunsch des Organisationskomitees lud sie eine Gruppe tschechischer Studenten zu einem Gespräch ein, in welchem diese ihre Rolle während der jüngsten Ereignisse beschreiben sollten. (Später erklärte ein offizieller Sprecher, daß es keine prinzipiellen Einwände gegen ein solches Treffen gegeben hätte; man habe nur die Tagesordnung einhalten wollen. *Honi soit qui mal y pense*). Die private Reaktion einiger östlicher Teilnehmer, vor allem aus der DDR, war ziemlich heftig. Beim Kaffee meinte einer von ihnen, daß die Konferenz kein Recht habe, ein moralisches Urteil über die „inneren Angelegenheiten“ der Tschechoslowakei zu fällen. Er übersah, daß die Konferenz ihre Zeit fast ausschließlich damit verbrachte, moralische Urteile zu fällen, und daß der Begriff „innere Angelegenheiten“ in einer Welt der Interdependenzen antiquiert wirkt. Die Jugendkommission jedenfalls führte viele zutreffende Argumente für ihre Einladung an die Studenten ins Feld. Zunächst einmal wünschten die Tschechen selbst ein solches Treffen, was den Einwand der Taktlosigkeit gegenüber den Gastgebern entkräftete. Dann wünschten die Vertreter der „Dritten Welt“ eine solche Begegnung: „Wir möchten erleben, wie sich die Dinge verhalten, und nicht Ihre Ideologien schlucken“, war ihr Refrain. Darüber hinaus gab es einen Präzedenzfall. Zum Treffen der Jugendkommission in Berlin hatte man Studenten aus der Stadt eingeladen. Und schließlich war das Problem der Tagesordnung durch Überstunden leicht zu lösen.

Der Zufall wollte es, daß der Vorsitzende der Jugendkommission, Milan Opocensky, selbst Tscheche ist, wenn er auch als hauptamtlicher Vertreter beim Weltstudentenbund in Genf lebt. Das tschechische Fernsehen baute seine Kameras auf, man erwartete ohne Zweifel eine Schau. Die Fernsehleute zogen verärgert ab, nachdem man ihnen eröffnet hatte, daß sie lediglich den ersten und langweiligsten Teil des Treffens aufnehmen dürften. Die Studenten erschienen unter Polizeischutz um 16.30 Uhr und blieben bis 19.00 Uhr. Milan Opocensky versuchte, die Begegnung zu verharmlosen: „Es passiert hier nichts Außergewöhnliches. Die Sache ist völlig normal. Wir wollen von Ihnen vor allem wissen, wie Sie dazu kamen, sich politisch zu engagieren.“

Znenék Zbordil, vorgestellt als Mitglied des Studentenrats und als Student der indonesischen Kultur und Geschichte, beleuchtete den Hintergrund der Studentenbewegung. Sie begann Gestalt anzunehmen während der Ereignisse in der Studentenstadt Stahov, in der 5–6000 Studenten leben. Ein Jahr lang hatte die Stromversorgung nicht geklappt. Studium bei Kerzenlicht erwies sich nicht als geeignete Lösung. Bei der ersten Studentendemonstration ging es lediglich um elektrischen Strom, ohne weiterreichende politische Absichten. Die Polizei dagegen griff brutal durch mit dem Ergebnis, daß fünf Studenten verletzt wurden. Wahrscheinlich wäre nichts weiter geschehen, hätte nicht das Zentralkomitee der KP die Studentenaktion denunziert und ihr „revisionistische“ politische Motive unterschoben. „Von da an“, sagte Zbordil, „begriffen wir, daß alle Erklärungen über die ‚neue Moral‘ des Sozialismus und alles Gerede von der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ leeres Geschwätz waren.“ Die Studenten beschlossen, andere Methoden anzuwenden und wurden damit das aktivste Element bei der Umgestaltung ihres Landes. Die Veröffentlichung eines Regierungsberichts über die Ereignisse in Stahov bestärkte sie in ihrer Entscheidung. Kein Student glaubte ein Wort des Berichts; die meisten waren empört über dessen zynische Mißachtung der Tatsachen. Die Studentenschaft war geteilt in ihrer Ansicht über die anzuwendenden Methoden. Ein Teil wollte anhaltende Demonstrationen auf den Straßen; andere waren für friedlichere Methoden, ein Rest wußte überhaupt nicht, was zu machen sei. Alle waren aber eins in ihrer tiefsitzenden Unzufriedenheit mit der Situation.

Den Wendepunkt brachte die Sitzung des Zentralkomitees am 3. und 4. Januar 1968, bei der den protestierenden Studenten eine positive Antwort zuteil wurde. Daraufhin fanden die Studenten, daß sie, um effektiv zu sein, zuerst die offiziellen Studentenorganisationen zerschlagen und neue gründen mußten. Es überrascht nicht, daß die am meisten engagierten Studenten sich ziemlich schnell verausgaben und zu „reinen Menschenwracks“ wurden, wie Zbordil bemerkte. Auch er schien entsprechend müde zu sein. An diesem Punkt ging der Vortrag in Frage und Antwort über. Die Fragen wurden nicht immer vom gleichen Studenten beantwortet.

Frage: Wieweit bedeutete der Vietnamkrieg eine Hilfe für Ihre Sache?

Antwort 1: Überhaupt nicht. Sie mögen das seltsam finden, aber wir sind nun einmal nicht besonders berührt von Vietnam. Seit 1954 gab es so viele offizielle Demonstrationen und Protestaufrufe in der Presse, daß sie ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Antwort 2 (von einem Studenten in Militäruniform): Wir haben die offiziellen Proteste satt. Wir haben jahrelang über die Unfreiheit in Spanien, Portugal, Griechenland usw. protestiert, aber wir haben nie auf unsere eigene Situation geschaut. Wir haben für alle Welt protestiert, jetzt wollen wir endlich Freiheit für uns selbst und wollen alle freiheitsliebenden Menschen dieses Landes dafür mobilisieren. Ich bin überzeugt, daß sich unsere Lage verbessern wird. Das wird unsere Proteste über die Ereignisse anderswo glaubwürdiger machen. Wenn wir selbst keine Freiheit haben, dann sind unsere Aufrufe für die Freiheit der andern bloße Heuchelei.

Frage: Fühlen Sie sich als Studenten vom übrigen Volk isoliert?

Antwort: Über die „Isolierung“ der Studenten wurde in der Tschechoslowakei eine Menge geredet. Man hat das schon um 1950 herum festgestellt. Von 1950 an gab es eine theoretische und organisatorische Lösung, als die Studentenschaft unter den allgemeinen Jugendverband subsumiert wurde. Die sechzehn Jahre der Einheitsorganisation haben aber gezeigt, daß diese ein größeres Hindernis für die Integration der Studenten darstellt als eine eigene Organisation für sie. Das ist unsere Erfahrung; sie mag nicht im gleichen Maß für andere zutreffen.

An dieser Stelle trat eine Unterbrechung durch einen Mann aus Dresden ein, der eine Rede hielt. Sie ist bemerkenswert nicht nur wegen ihres drohenden, wenn auch gut verpackten Untertons, sondern wegen der massiven tschechischen Antwort im weiteren Verlauf des Gesprächs. Wir sind froh, sagte der Dresdener, daß wir Nachbarn der Tschechen sind. De facto waren wir jahrhundertlang Nachbarn, aber wir Deutschen haben alles getan, um unsere nachbarlichen Beziehungen zu ruinieren. Seit 1945 hat sich das geändert. Wir wurden, wie Sie, von den Deutschen „befreit“. Wir wissen um die Schwierigkeit, das freiheitliche System aufzubauen, das Sozialismus heißt. Als Ihr Nachbar wünsche ich Ihnen alles Gute beim Aufbau des Sozialismus. – Nach dieser seltsamen Intervention verschwand der Sprecher. Leider.

Frage: Ist Ihnen bewußt, daß die Augen aller auf Sie gerichtet sind? Bis jetzt war es schwierig, den Gehalt des Sozialismus zu sehen, da Ihre Lage nicht besser als die unsere schien. Viele dachten an einen „dritten Weg“. Darum ist die Welt an Ihnen interessiert. Sogar die reaktionären Zeitungen des Westens geben zu, daß Sie für die Freiheit kämpfen. Sind Sie sich dessen bewußt, auch der Hoffnungen, die man in Sie setzt?

Antwort: Was die reaktionäre Presse des Westens sagt, ist wahr. Wir kämpfen schon lange für die Freiheit. Wir entwickelten Programm um Programm; um unsere Gesellschaft zu demokratisieren, verfaßten wir Resolution um Resolution. Wir legten sie dem Zentralkomitee vor, wo jedoch jeder unserer Vorschläge brutal abgelehnt wurde. Im Januar begann dann das ZK selbst, das zu sagen, was wir längst schon gesagt hatten. Wir haben an die Zukunft gedacht und werden nie wieder aufgeben, was wir errungen haben. Wir bedauern außerordentlich, daß unsere Freunde aus Ostdeutschland uns diktieren wollen, was Freiheit und Demokratie ist. Schließlich bauten Sie eine Mauer! Es ist uns bekannt, daß Sie als „fortschrittliches Volk“ gelten. Aber, was ist Fortschritt? Fortschritt kann nur von einer toleranten und offenen Gesellschaft kommen. Wo keine

Toleranz herrscht, dort gibt es nur Ruinen. Heute kritisiert man uns wegen unserer Toleranz, aber wir fürchten uns nicht vor ihr. Wir glauben an Meinungsverschiedenheiten, an das wohlwollende, konstruktive Gegeneinander der Meinungen. Dies wird unsere Zukunft sein. Wir haben eine geschichtliche Chance, zu zeigen, was wirklicher Sozialismus ist. Die Freiheit, die wir anstreben, ist in keinem der sozialistischen Nachbarländer verwirklicht, aber wir hoffen für sie . . .

Frage (von einem Ostdeutschen): Welche Vorstellung haben Sie vom Sozialismus, vom marxistischen Sozialismus, wenn die Toleranz sein Grundprinzip ist?

Antwort: In den letzten 50 Jahren gab es derart viele Verlautbarungen über den Sozialismus. Wenn nur die Hälfte davon wahr wäre, würden wir jetzt bereits im Paradies leben. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie der Sozialismus in Ostdeutschland aussehen soll. Für uns bedeutet „tschechischer Sozialismus“ eine Lebensform, in der jeder Tscheche gut, frei und ohne Furcht für seine Sicherheit leben kann. Wir möchten Schluß machen mit der Angst, die vom Personenkult und der Unterdrückung der Individuen stammt. Tschechischer Sozialismus heißt, daß die Tschechoslowakei ein autonomer und unabhängiger Teil der sozialistischen Welt sein soll. Vor allem aber gründet er in der tschechischen Tradition, die immer demokratisch war. Hierzulande enteignete man die Produktionsmittel. Das ist einer der ersten Schritte zum Sozialismus. Die daraus resultierende Gesellschaft sollte jedoch eine Gesellschaft freier Männer sein, das war die Absicht von Karl Marx.

Frage (von einem Inder): Als sozialistischer Staat, welches sind Ihre Beziehungen zur „Dritten Welt“?

Antwort 1: Ich bin kein offizieller Vertreter der sozialistischen Welt oder eines sozialistischen Staates. Ich bin lediglich ein Bürger. Wir sind gegen den Imperialismus und wir haben darin eine lange Tradition. Die CSSR war oft das Opfer des Imperialismus. Sie war das Opfer der Donaumonarchie. Nach dem ersten Weltkrieg wurde das Land ein cordon sanitaire für Europa. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde es als Pufferstaat zum Schutz Rußlands gebraucht. Das ist unser Verständnis von Imperialismus. Die Schwierigkeit der Hilfe für die Dritte Welt liegt doch darin, daß man nie weiß, ob die Hilfe wirklich dort ankommt. Ich spendete einmal Blut für Vietnam und mußte entdecken, daß es für Dollars nach dem Westen verkauft wurde.

Antwort 2 (ein anderer Student, der bis dahin nicht gesprochen hatte): Ich bin Sozialist, Christ und Tscheche. Zwanzig Jahre lebten wir in einer Atmosphäre, in der wir andauernd von Imperialismus, Kapitalismus usw. hörten. Wir sind dieser Sprache überdrüssig. Diese Worte haben für uns allen Sinn verloren. Wir brauchen eine gründliche Reflexion dieser Begriffe. Ein Wort wie „Sozialismus“ z. B. ist so entstellt und verzerrt, daß wir allergisch gegen seine Verwendung sind. Das ist einfach eine Sache der verbalen Hygiene. Vielleicht verbinden Sie mit „Sozialismus“ noch irgendeine Erwartung; wir glauben, daß wir auf die Wurzel zurückgehen und neu nach der Bedeutung fragen müssen. Wir wissen, daß heute viel von der „Ausbeutung“ der Dritten Welt geredet wird. Aber wir wurden ebenfalls ausgebeutet und manipuliert. Wir müs-

sen erst noch aus dieser Tragödie erwachen. Dies ist der Grund, warum wir Ihnen nicht immer die erwartete Antwort geben können.

Frage: Was geschieht Ihrer Meinung nach in China?

Antwort: Ich glaube, daß dort eine kulturelle Revolution stattfindet, aber ich weiß nicht, was das bedeutet. Leider hörte ich bei einem kurzen Besuch in Westdeutschland mehr über China als in zwei Jahren daheim. Darum werde ich nicht versuchen, die Frage zu beantworten.

Frage: Worin besteht die Verbindung zwischen der neuen Lage und einer wirtschaftlichen Reform?

Antwort: Die wirtschaftliche Lage hier ist so kompliziert, daß nicht einmal Professor Ota Sik sie Ihnen erklären könnte. Alle aber sind sich einig, daß sie katastrophal ist. Das ist auch einer der Gründe für unser politisches Engagement. Wir sind uns bewußt, daß hierzulande viele Menschen eine Verbrauchergesellschaft nach westlichem Muster wollen, aber dagegen sind wir. Unsere politische Einstellung hängt von zwei Faktoren ab: der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Einsicht, daß die Verbrauchergesellschaft für uns unannehmbar ist.

Frage (von einem Ostdeutschen mit einiger Emotion gestellt): Wir haben kein Interesse, uns in Ihre Angelegenheiten einzumischen, und umgekehrt sollen auch Sie das nicht wollen. Jede Spaltung zwischen uns hilft nur den Gegnern des Sozialismus. Es gibt Kräfte in Europa, die den Sozialismus zerstören wollen. Welche Grenzen wollen Sie der Toleranz und der Freiheit setzen? Wollen Sie den Konterrevolutionären Freiheit zugestehen? Würden Sie Gewalt gegen Konterrevolutionäre anwenden?

Antwort: Wir sind für Toleranz in der Diskussion; natürlich ist uns klar, daß Toleranz ihre Grenzen hat. Sie kann nicht unbegrenzt weit gefaßt werden. Aber wir wollen zumindest sagen, daß wir dagegen sind, daß jemand auf Grund einer abweichenden Ansicht liquidiert wird. In diesem Land wurde eine ältere Generation einfachhin eliminiert. Wir wollen, daß das aufhört. Bisher wurden Grundrechte der Bürger nicht respektiert. In unserer Gesellschaft wurde kein Versuch gemacht, aggressive Kräfte unter Kontrolle zu bekommen. Wir wünschen durchaus, daß man ihnen Grenzen zieht.

Frage (wiederum von einem Ostdeutschen): Glauben Sie, daß der Aufbau des Sozialismus durch die Sowjetunion garantiert ist?

Antwort: Ich verstehe nicht, was Sie mit „garantiert“ meinen. Und ich weiß nicht, was Sie unter „Sowjetunion“ verstehen. Meinen Sie vielleicht die Rote Armee? Dann würde ich antworten, daß der Sozialismus in Jugoslawien keineswegs von der Roten Armee garantiert wird. Der tschechische Sozialismus wird weder von der Roten Armee noch vom Innenministerium garantiert, sondern nur durch freundliche gegenseitige Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern.

Frage: Was war das Gute an dem Zustand, den Sie in den letzten 20 Jahren hatten? Was davon wollen Sie nicht aufgeben?

Antwort: Es ist bestimmt kein Zufall, daß die Partei die Religion in diesem Land angriff, und zwar mit einer Gründlichkeit, für die es in der Geschichte keine Parallele

gibt. Das bewies, daß die Partei nicht nur die Gesellschaft, sondern auch den Menschen selbst zu ändern suchte. Dieser Versuch war ein Fehlschlag. Ich bin selbst kein Christ; aber ich kann begreifen, daß die Christen nach totalen, alles umfassenden Lösungen suchen sollen. Der Kommunismus als Ideologie ist nicht fähig, einen existentiellen Lebensgrund zu bieten. Ihre Fragen gingen alle daneben. Sie stellten soziologische Fragen, und unsere Antworten waren existentiell, personal, und von unserem Glauben bestimmt, was immer dieser Glaube sein mag. Unsere Erfahrung von zwanzig Jahren hat uns gelehrt, daß zwischen Mensch und Gesellschaft eine nicht aufhebbare Verschiedenheit besteht und daß die Menschen nicht auf ihre soziale Wirklichkeit reduziert werden können. Nicht, daß wir die volle Erfüllung des Menschen in der Gesellschaft leugnen, aber man kann den Menschen nicht einfach der Gesellschaft unterordnen.

Ein Kommentar erübrigt sich. Drei Punkte sollen nachgetragen werden. Zunächst: Hatten die Studenten wirklich jene Rolle inne, die sie für sich in Anspruch nehmen? Man sollte ihre Bedeutung weder über- noch unterschätzen, doch kann man sich fragen, ob die Aktion der Schriftsteller nicht entscheidender war. Als im letzten Herbst das Kultusministerium die Zeitschrift „Literarni Noviny“ übernahm, verweigerten alle Schriftsteller ihre Mitarbeit. Ihre Opposition wurde ein Symbol. In der neuen Zeitschrift „Literarni Listy“ können sie wieder frei schreiben. Zweitens: Einer der bedeutendsten Katalysatoren der neuen Mentalität war das von Milan Machovec veranstaltete Seminar über „Christen und Marxisten“. Durch dieses Seminar war es Tschechen, Marxisten und Christen, gleichermaßen möglich, Theologen aus dem Westen zu hören, wie z. B. Johannes B. Metz. Auf die Frage, ob er nicht befürchte, daß einige seiner derart exponierten Studenten gläubig werden könnten, antwortete Machovec: „Ich habe Angst vor vielen Dingen. Ich bange um die Existenz des Menschen in dieser furchtbaren Ära der nuklearen Waffen; ich habe Furcht vor der Bürokratisierung des Lebens und der Manipulation menschlicher Wesen wie auch vor der Verbrauchergesellschaft. Und ich habe Angst vor Menschen, die nicht denken, ganz gleich, welchen Glauben oder welche Überzeugung sie haben. Keine Angst habe ich vor dem Dialog zwischen denkenden Menschen. Der kann nur zum Guten führen“ (Czechoslovak Life, Prague, September 1967). Machovec spielte bei den letztjährigen Marienbader Gesprächen der Paulusgesellschaft eine wichtige Rolle. Diejenigen, welche den Nutzen solcher Gespräche bezweifeln, haben nun ihre Antwort.

Erika Kadlecová, die neue Sekretärin des Amtes für Kirchenfragen in der CSSR, sagte in ihrem Bericht über die Marienbader Gespräche, was im nachhinein prophetisch klingt: „In Zusammenhang damit ertönten nicht wenige Seufzer der Ohnmacht der Intellektuellen, die zwar imstande sind, viel Schönes auszudenken, aber keine Macht zu seiner Verwirklichung haben. Das ist berechtigt und auch nicht. Der Intellektuelle verfügt zwar nicht über Armeen oder Gefängnisse, er kann nicht gebieten und verbieten. Aber er schafft eine geistige Atmosphäre (oder beteiligt sich wenigstens daran), in der man Machtmittel in einer gewissen Richtung einsetzen kann oder nicht.“